

Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Promotionsordnung

für die Fakultät

Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Vom 31. März 2008

zuletzt geändert durch die

"Zweite Satzung zur Änderung der Promotionsordnung für die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 30. September 2011"

(Fundstelle: http://www.uni-bamberg.de/fileadmin/uni/amtliche_veroeffentlichungen/2008/2008-47.pdf)

Inhaltsverzeichnis		Seite
§ 1	Doktorgrad und Ziel der Promotion	1
§ 2	Promotionsausschuss	1
§ 3	Zulassungsvoraussetzungen	2
§ 4	Zulassungsvoraussetzung für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen	3
§ 5	Zulassungsverfahren	5
§ 6	Promotionskommission	6
§ 7	Promotionsleistungen	8
§ 8	Einreichung und Bewertung der Dissertation	8
§ 9	Verfahren und Bewertung der Disputation	11
§ 10	Abschluss des Promotionsverfahrens und Feststellung des Gesamtergebnisses der Promotion	12
§ 11	Veröffentlichung der Dissertation	13
§ 12	Verleihung des Doktorgrades	14
§ 13	Einsichtsrecht	14
§ 14	Voraussetzungen für gemeinsame Promotionsverfahren	15
§ 15	Betreuung, Annahme oder Ablehnung der Dissertation in gemeinsamen Promotionsverfahren	15
§ 16	Urkunde für gemeinsame Promotionsverfahren	16
§ 17	Drucklegung und Pflichtexemplare in gemeinsamen Promotionsverfahren	17
§ 18	Ehrenpromotion	17
§ 19	Ungültigkeit der Promotion und Aberkennung des Doktorgrades	18
§ 20	Inkrafttreten und Übergangsregelung	18
Anhang 1:	Fächergruppen gemäß § 6 Abs. 6	19
Anhang 2:	Muster einer Promotionsvereinbarung	20
Anhang 3:	Muster einer Promotionsurkunde	24

Aufgrund des Art. 13 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 3 und Art. 64 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes - BayHSchG - erlässt die Otto-Friedrich-Universität Bamberg folgende

Promotionsordnung

für die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bamberg:

§ 1 Doktorgrad und Ziel der Promotion

- (1) Die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verleiht den akademischen Grad „doctor rerum politicarum“ („Dr. rer. pol.“) nach Maßgabe dieser Promotionsordnung.
- (2) ¹Die Promotion dient dem Nachweis der Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, umfassender Fachkenntnisse und wissenschaftlichen Urteilsvermögens. ²Dieser Nachweis wird durch Promotionsleistungen (§ 7 Abs. 1) erbracht.
- (3) Die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kann den akademischen Grad des „doctor rerum politicarum honoris causa“ („Dr. rer. pol. h. c.“) an Personen verleihen, die sich besondere Verdienste um die Sozialwissenschaften oder um die Wirtschaftswissenschaften erworben haben (§ 14).

§ 2 Promotionsausschuss

- (1) Für die durch diese Promotionsordnung zugewiesenen Aufgaben wird ein Promotionsausschuss gebildet.
- (2) ¹Der Promotionsausschuss besteht aus vier Professorinnen oder Professoren und zwei promovierten oder habilitierten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern. ²Vorsitzende bzw. Vorsitzender und Stellvertreterin bzw. Stellvertreter müssen Professorinnen oder Professoren sein. ³Die bzw. der Vorsitzende, die Stellvertreterin bzw. der Stellvertreter und die anderen Mitglieder werden vom Fakultätsrat für die Dauer von zwei Jahren gewählt. ⁴Der Dekan nimmt an den Sitzungen des Promotionsausschusses mit beratender Stimme teil.

- (3) Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder mindestens eine Woche vorher schriftlich geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder, darunter mindestens drei aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren, anwesend und stimmberechtigt sind.
- (4) ¹Der Promotionsausschuss beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen in Sitzungen. ²Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag. ³Stimmenthaltungen, geheime Abstimmungen und Stimmrechtsübertragungen sind nicht zulässig. ⁴Bei Beschlüssen, die die Bestellung von Gutachterinnen und Prüferinnen bzw. Gutachtern und Prüfern sowie die Bewertung von Prüfungsleistungen betreffen, sind nur die Mitglieder des Promotionsausschusses stimmberechtigt, die Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sind.
- (5) ¹Über den Verlauf jeder Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. ²Diese muss Tag und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Personen, die behandelten Gegenstände sowie Anträge, Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
- (6) ¹Bei Eilbedürftigkeit kann die bzw. der Vorsitzende eine Abstimmung im Umlaufverfahren durchführen. Unaufschiebbar Entscheidungen kann sie bzw. er anstelle des Promotionsausschusses treffen; hiervon ist dem Promotionsausschuss unverzüglich Kenntnis zu geben. ²Der Promotionsausschuss kann die Entscheidung aufheben; bereits entstandene Rechte Dritter bleiben unberührt.
- (7) Der Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung richtet sich nach Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (8) Jede Entscheidung ist den Betroffenen unverzüglich schriftlich mitzuteilen, bei Entscheidungen zu Ungunsten der Betroffenen unter Angabe von Gründen und mit Rechtsbehelfsbelehrung.

§ 3 Zulassungsvoraussetzungen

- (1) Zum Promotionsverfahren wird auf Antrag zugelassen, wer
1. den Diplom-, Magister- oder Mastergrad (Univ.) oder einen gleichwertigen ausländischen Abschluss in einem Studiengang der Sozialwissenschaften oder der Wirtschaftswissenschaften an einer wissenschaftlichen Hochschule mindestens mit der Gesamtnote "gut" erworben hat,
 2. den Grad des Dr. rer. pol. oder einen gleichartigen sozialwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Doktorgrad nicht schon von einer anderen wissenschaftlichen Hochschule verliehen bekommen hat,

3. ein Promotionsverfahren zum Erwerb des Grades des Dr. rer. pol. oder eines gleichartigen sozialwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Doktorgrades an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule nicht schon endgültig ohne Erfolg abgeschlossen hat, und
 4. keine Bedingungen erfüllt, welche die Entziehung des Doktorgrades rechtfertigen würden.
- (2) ¹In begründeten Fällen kann der Promotionsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von den Voraussetzungen nach Abs. 1 Nr. 1 befreien sowie die Zulassung von der Erbringung zusätzlicher Studien- und Prüfungsleistungen (Auflagen) abhängig machen. ²Derartige Auflagen sind dem Promotionsausschuss durch die betreuende Erstgutachterin bzw. den betreuenden Erstgutachter vorzuschlagen. ³Ausnahmeanträge kann der Promotionsausschuss dem Fakultätsrat zur Entscheidung vorlegen.
- (3) ¹Auf schriftlichen Antrag einer Kandidatin oder eines Kandidaten stellt der Promotionsausschuss fest, ob die Voraussetzungen gemäß Abs. 1 Nr. 1 erfüllt sind und ob die Kandidatin oder der Kandidat gemäß Abs. 2 Satz 1 zum Promotionsverfahren zugelassen werden kann. ²Gegebenenfalls teilt er der Kandidatin oder dem Kandidaten mit, welche Voraussetzungen sie oder er noch erfüllen muss, um zugelassen zu werden. ³Im Antrag soll die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer der Dissertation (§ 6 Abs. 6 Satz 1) benannt werden. ⁴Die in § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 genannten Unterlagen sind dem Antrag beizufügen.
- (4) ¹Darüber hinaus sind auch kooperative Promotionen möglich. ²In einer kooperativen Promotion verständigen sich Professorinnen und Professoren einer Universität und einer (Fach-)Hochschule auf eine gemeinsame Betreuung eines Promotionsprojekts. ³Die Zulassungsvoraussetzungen von (Fach-)Hochschulabsolventinnen und –absolventen in kooperativen Promotionen regelt § 4.

§ 4 Zulassungsvoraussetzungen für Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen

- (1) ¹Zum Promotionsverfahren wird auf Antrag zugelassen, wer
1. einen sozialwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Diplom- oder Masterstudiengang an einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland mindestens mit der Gesamtnote "gut" abgeschlossen hat,
 2. die in § 3 Abs. 1 Nr. 3 bis 4 genannten Voraussetzungen erfüllt,

3. die Betreuungszusage einer Erstbetreuerin bzw. eines Erstbetreuers der Dissertation (§ 6 Abs. 6) vorlegt und
4. die Promotionseignungsprüfung nach Maßgabe der Abs. 2 bis 4 erfolgreich abgelegt hat.

²Nicht zugelassen wird, wer sich bereits erfolglos an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule einer Promotionseignungsprüfung unterzogen hat.

- (2) ¹Der Antrag auf Zulassung zur Promotionseignungsprüfung ist schriftlich an die bzw. den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu richten. ²Dem Antrag sind beizufügen:

1. die in § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 3 bis 5 genannten Unterlagen,
2. der Nachweis der Zusage nach Abs. 1 Satz 1 Nr. 2,
3. eine Erklärung über den Bereich des angestrebten Dissertationsthemas und über die gemäß Abs. 4 Satz 1 festgelegten Prüfungsfächer und Teilprüfungen,
4. eine Erklärung darüber, dass die Kandidatin oder der Kandidat nicht schon eine Promotionseignungsprüfung oder ein anderes Promotionszulassungsverfahren endgültig ohne Erfolg beendet hat.

- (3) ¹Über die Zulassung zur Promotionseignungsprüfung entscheidet der Promotionsausschuss aufgrund der eingereichten Unterlagen. ²Er kann den Antrag dem Fakultätsrat zur Entscheidung vorlegen. ³Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Kandidatin oder der Kandidat

1. die Voraussetzungen des Abs. 1 Nr. 1 und 2 nicht erfüllt oder
2. die in Abs. 2 Satz 2 genannten Unterlagen, Angaben und Erklärungen unvollständig oder unrichtig sind.

- (4) ¹Die Prüfungsfächer und die Teilprüfungen der Promotionseignungsprüfung legt der Promotionsausschuss im Einvernehmen mit der Erstbetreuerin bzw. dem Erstbetreuer fest. ²Die Promotionseignungsprüfung ist bestanden, wenn in sämtlichen Teilprüfungen mindestens die Note "befriedigend" und im Notendurchschnitt aller Teilprüfungen mindestens die Note "gut" erzielt wurde. ³Das Ergebnis wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten durch die bzw. den Vorsitzenden des Promotionsausschusses schriftlich mitgeteilt. ⁴Jede Teilprüfung der Promotionseignungsprüfung kann einmal zum nächsten regulären Prüfungstermin wiederholt werden.

§ 5 Zulassungsverfahren

- (1) Die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer ist verpflichtet, dem Promotionsausschuss die Aufnahme der Betreuung einer Doktorandin bzw. eines Doktoranden schriftlich anhand eines vom Promotionsausschuss zur Verfügung gestellten Formulars anzuzeigen.
- (2) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat beantragt die Zulassung zum Promotionsverfahren schriftlich bei der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses. ²Dem Antrag sind beizufügen:
 1. Studienbücher und Prüfungszeugnisse,
 2. gegebenenfalls der Nachweis, dass die Promotionseignungsprüfung (§ 4 Abs. 4) bestanden ist,
 3. ein Lebenslauf, der insbesondere über den Bildungsgang der Kandidatin oder des Kandidaten Aufschluss gibt,
 4. ein Verzeichnis und auf Anforderung je ein Exemplar der wissenschaftlichen Veröffentlichungen,
 5. ein amtliches Führungszeugnis oder ein vergleichbarer Nachweis bei ausländischen Kandidatinnen oder Kandidaten,
 6. die Betreuungszusage der Erstbetreuerin bzw. des Erstbetreuers der Dissertation (§ 6 Abs. 6),
 7. ein Vorschlag für die Zusammensetzung der Promotionskommission (§ 6 Abs. 2 Satz 1),
 8. gegebenenfalls Nachweise über die Erfüllung von Auflagen gemäß § 3 Abs. 2 Satz 1.
- (3) Der Antrag auf Zulassung ist vor Beginn des betreuten oder des durch eine Prüfungs- und Studienordnung geregelten Promotionsstudiums (§ 7 Abs. 4) zu stellen.
- (4) Kann die Kandidatin bzw. der Kandidat ohne ihr bzw. sein Verschulden die erforderlichen Unterlagen nicht beibringen, so kann die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses auf Antrag gestatten, die entsprechenden Nachweise auf andere Art zu führen.
- (5) ¹Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses überprüft die Vollständigkeit der gemäß Abs. 1 Satz 2 vorzulegenden Unterlagen und setzt gegebenenfalls eine angemessene Frist zu ihrer Ergän-

zung. ²Wird der Antrag nicht innerhalb dieser Frist vervollständigt, weist ihn die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses schriftlich unter Angabe der Gründe als unzulässig zurück.

- (6) ¹Entspricht der Antrag den Anforderungen, entscheidet die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses über die Zulassung. ²In Zweifelsfällen legt sie bzw. er den Antrag dem Promotionsausschuss zur Entscheidung vor.
- (7) Die Zulassung ist zu versagen, wenn die Kandidatin oder Kandidat
1. die Voraussetzungen des § 3 oder des § 4 nicht erfüllt, oder
 2. die in Abs. 1 Satz 2 genannten Unterlagen und Erklärungen unvollständig oder unrichtig sind.
- (8) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat kann den Antrag auf Zulassung zum Promotionsverfahren zurücknehmen, solange ihr oder ihm noch keine Entscheidung über die Dissertation gemäß § 8 Abs. 9 zugegangen ist. ²Ein zurückgenommener Promotionsantrag kann nur einmal erneut gestellt werden.

§ 6 Promotionskommission

- (1) ¹Die Kandidatin oder der Kandidat wird durch ein Betreuungskollegium, bestehend aus der Erstbetreuerin bzw. dem Erstbetreuer (Abs. 6) und zwei weiteren Betreuenden (Promotionskommission), wissenschaftlich begleitet; die Mitglieder der Promotionskommission sind in der Regel zugleich Prüferinnen und Prüfer der Disputation. ²Die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer muss zum Zeitpunkt der Anzeige des Betreuungsverhältnisses (§ 5 Abs. 1) Mitglied der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Bamberg sein.
- (2) ¹Die Mitglieder der Promotionskommission werden vom Promotionsausschuss auf Vorschlag der Kandidatin bzw. des Kandidaten und im Einvernehmen mit den Vorgeschlagenen zusammen mit der Zulassung zum Promotionsverfahren bestellt. ²Ein Anspruch der Kandidatin bzw. des Kandidaten auf Bestellung der Vorgeschlagenen besteht nicht. ³Scheidet ein Mitglied aus der Promotionskommission aus, wird vom Promotionsausschuss im Benehmen mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten und den verbleibenden Mitgliedern grundsätzlich ein neues Mitglied bestellt. ⁴Die Promotionskommission wählt aus ihrer Mitte eine Sprecherin bzw. einen Sprecher, die bzw. der die Geschäfte führt. ⁵Die Promotionskommission entscheidet mit der Mehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder.

- (3) ¹Zu Mitgliedern der Promotionskommission können Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie emeritierte und pensionierte Professorinnen und Professoren der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und Professorinnen und Professoren anderer Fakultäten der Universität Bamberg oder anderer wissenschaftlicher Hochschulen oder promovierte Mitglieder einer anderen anerkannten wissenschaftlichen Institution oder promovierte Professorinnen und Professoren einer (Fach-)Hochschule (im Rahmen kooperativer Promotionen) bestellt werden. ²Höchstens ein Mitglied der Promotionskommission kann einer anderen Fakultät der Universität Bamberg oder einer anderen wissenschaftlichen Hochschule angehören. ³Die Sprecherin bzw. der Sprecher der Promotionskommission muss der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften angehören. ⁴Für den Ausschluss und die Befangenheit von Mitgliedern der Promotionskommission gilt Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (4) Die Zusammensetzung der Promotionskommission wird der Kandidatin oder dem Kandidaten von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses schriftlich mitgeteilt.
- (5) Die Promotionskommission stimmt mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten Studieninhalte ab, die das Erreichen des Ziels der Promotion (§ 1 Abs. 2) sowie die Ziele des betreuten oder durch eine Prüfungs- und Studienordnung geregelten Promotionsstudiums (§ 7 Abs. 4) fördern.
- (6) ¹Die Kandidatin bzw. der Kandidat soll mit einem Mitglied der Promotionskommission das Thema der Dissertation und eine Betreuung während der Anfertigung der Dissertation vereinbaren (Erstbetreuer bzw. Erstbetreuerin). ²Das Thema der Dissertation muss einer der Fächergruppen gemäß Anhang entnommen sein. ³In rechtswissenschaftlichen Fächern und in Statistik oder Ökonometrie soll ein sozialwissenschaftlicher oder ein wirtschaftswissenschaftlicher Anwendungsbezug gegeben sein.
- (7) ¹Das Betreuungsverhältnis kann auch nach der Emeritierung oder Pensionierung und nach Berufung an eine andere Universität bis zum Abschluss des Promotionsverfahrens fortgeführt werden. ²Kann eine Dissertation von einer oder einem Betreuenden nicht mehr weiterbetreut werden, sorgt die verbleibende Promotionskommission auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten im Rahmen des Möglichen für eine Weiterbetreuung der Arbeit. ³Kann eine neue Betreuende oder ein neuer Betreuer nicht gefunden werden, so bleibt es der Kandidatin bzw. dem Kandidaten unbenommen, die Arbeit ohne Betreuung fortzusetzen.

§ 7 Promotionsleistungen

- (1) ¹Die Befähigung zur selbständigen Bearbeitung sozialwissenschaftlicher oder wirtschaftswissenschaftlicher Problemstellungen, umfassende Fachkenntnisse und wissenschaftliches Urteilsvermögen werden durch Promotionsleistungen nachgewiesen. Promotionsleistungen sind: eine wissenschaftliche Arbeit (Dissertation) und deren Verteidigung (Disputation) sowie das Promotionsstudium.
- (2) ¹Die Dissertation soll die Fähigkeit der Kandidatin bzw. des Kandidaten zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten nachweisen und zum Fortschritt der Wissenschaft beitragen. ²Die Dissertation soll in deutscher oder englischer Sprache abgefasst sein. ³In Ausnahmefällen kann die Promotionskommission von diesem Erfordernis absehen, wenn sichergestellt ist, dass eine Begutachtung möglich ist. ⁴In diesen Fällen ist eine ausführliche Zusammenfassung in deutscher Sprache beizufügen.
- (3) ¹Gegenstand der Disputation ist die Verteidigung der Hauptergebnisse und der Forschungsmethoden der Dissertation. ²Dabei wird geprüft, ob die Kandidatin bzw. der Kandidat ihr bzw. sein Arbeitsgebiet beherrscht, hinreichende Kenntnisse in davon berührten Fachgebieten besitzt sowie aktuelle Entwicklungen auf diesen Gebieten kennt.
- (4) Das Promotionsstudium erfolgt als betreutes Promotionsstudium nach Vereinbarung mit der Promotionskommission oder im Rahmen eines Studienprogramms nach Maßgabe einer Prüfungs- und Studienordnung (§ 6 Abs. 5).

§ 8 Einreichung und Bewertung der Dissertation

- (1) ¹Die Kandidatin bzw. der Kandidat reicht die Dissertation bei der Vorsitzenden bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses ein. ²Die Einreichung setzt den erfolgreichen Abschluss des Promotionsstudiums voraus, der von der Promotionskommission festzustellen und der Kandidatin bzw. dem Kandidaten schriftlich mitzuteilen ist. ³Die Dissertation sollte nicht in ihrer Gesamtheit publiziert sein. ³Sollen mehrere Veröffentlichungen oder zur Veröffentlichung angenommene Publikationen als Dissertation anerkannt werden (kumulative Dissertation), müssen sie in einem engen zeitlichen und thematischen Zusammenhang stehen und insgesamt den an eine Dissertation zu stellenden Anforderungen genügen.
- (2) Die Einreichung umfasst:

1. die maschinengeschriebene Dissertation oder die Bestandteile der kumulativen Dissertation einschließlich einer den inhaltlichen Zusammenhang darlegenden Synopse in vier Exemplaren,
 2. eine Erklärung, dass die Kandidatin bzw. der Kandidat die Dissertation oder die Bestandteile der kumulativen Dissertation selbständig, insbesondere ohne die Hilfe einer Promotionsberaterin oder eines Promotionsberaters angefertigt, dabei keine anderen Hilfsmittel als die im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt und alle aus Quellen und Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht hat,
 3. eine Versicherung, dass die Dissertation, Bestandteile der kumulativen Dissertation oder wesentliche Teile derselben nicht bereits einer anderen Prüfungsbehörde zur Erlangung des Doktorgrades vorlagen,
 4. eine Erklärung darüber, ob und in welcher Form die Arbeit bereits publiziert ist.
 5. die Bestätigung der Promotionskommission, dass das Promotionsstudium erfolgreich abgeschlossen ist.
- (3) ¹Nach der Einreichung bestellt der Promotionsausschuss zur Beurteilung der Dissertation unverzüglich zwei Gutachterinnen oder Gutachter, von denen eine oder einer Mitglied der Promotionskommission sein muss. ²Zur Erstgutachterin bzw. zum Erstgutachter wird in der Regel die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer der Dissertation bestellt. ³Die Sprecherin bzw. der Sprecher der Promotionskommission übermittelt der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses einen Vorschlag für die Bestellung der Gutachterinnen oder Gutachter. ⁴Für den Ausschluss und die Befangenheit von Gutachterinnen oder Gutachtern gilt Art. 41 Abs. 2 BayHSchG.
- (4) Jede Gutachterin oder jeder Gutachter gibt in der Regel innerhalb von drei Monaten ein schriftliches Gutachten über die Dissertation ab und schlägt der Promotionskommission die Annahme oder Ablehnung der Dissertation sowie ihre Bewertung mit einer der folgenden Noten vor:
- 0 oder 0.3 (summa cum laude)
 - 0.7 oder 1.0 oder 1.3 (magna cum laude)
 - 1.7 oder 2.0 oder 2.3 (cum laude)
 - 2.7 oder 3.0 (rite)
 - 3.3 oder 3.7 oder 4.0 (insufficienter).

- (5) Der Promotionsausschuss bestellt eine dritte Gutachterin oder einen dritten Gutachter, wenn die Noten der beiden Gutachtenden um 2.0 oder mehr von einander abweichen oder wenn in einem Gutachten die Annahme, im anderen die Ablehnung der Arbeit empfohlen wird.
- (6) Kann eine Gutachterin oder ein Gutachter aus unvorhergesehenen Gründen das Gutachten nicht erstellen, setzt der Promotionsausschuss eine andere Gutachterin oder einen anderen Gutachter ein.
- (7) ¹Nach Eingang des letzten Gutachtens veranlasst die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Auslegung der Dissertation und der Gutachten zur Unterrichtung der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. ²Die Auslegungsfrist beträgt vier Wochen. ³Ort der Auslegung und Auslegungsfristen sind rechtzeitig bekannt zu geben. ⁴Die Einsichtsberechtigten können innerhalb der Auslegungsfrist schriftlich zu begründende Einwände erheben. ⁵Wurden schriftlich begründete Einwendungen erhoben, so gibt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses den Gutachtenden Gelegenheit, ihre Gutachten unter Berücksichtigung der erhobenen Einwände zu ändern. ⁶Der Promotionsausschuss kann in diesen Fällen eine weitere Gutachterin oder einen weiteren Gutachter zur Beurteilung der Dissertation bestellen. ⁷Wurde mindestens ein Gutachten gemäß Satz 5 geändert oder liegt das Gutachten der oder des gemäß Satz 6 bestellten weiteren Gutachterin oder Gutachters vor, legt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses die Dissertation zusammen mit dem Gutachten und den schriftlichen Einwänden nochmals aus. ⁸Für die nochmalige Auslegung gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend; die Erhebung von Einwänden und die Bestellung einer weiteren Gutachterin oder eines weiteren Gutachters sind ausgeschlossen.
- (8) ¹Die Dissertation ist angenommen, wenn die Mehrheit der Gutachtenden die Annahme vorschlägt. ²In diesem Fall ist die Note der Dissertation das nicht gerundete arithmetische Mittel der von den Gutachtenden vorgeschlagenen Noten, aber nicht schlechter als „rite“.
- (9) Die Annahme oder die Ablehnung der Dissertation ist der Kandidatin bzw. dem Kandidaten nach Ablauf der Auslegungsfrist gemäß Abs. 7 Satz 2 oder Satz 7 und 8 unter Beilegung der Gutachten und gegebenenfalls der Einwände gemäß Abs. 7 Satz 4 schriftlich mitzuteilen.
- (10) ¹Wird die Dissertation abgelehnt, kann die Kandidatin bzw. der Kandidat eine neue Dissertation vorlegen. ²Eine zweite Wiederholung der Dissertation ist ausgeschlossen.

§ 9 Verfahren und Bewertung der Disputation

- (1) ¹Die Disputation findet in Form eines universitätsöffentlichen Prüfungsgesprächs statt. ²Prüferinnen oder Prüfer (Disputationsgegner) sind in der Regel die drei Mitglieder der Promotionskommission. ³Auf Antrag der Sprecherin bzw. des Sprechers der Promotionskommission bestellt der Promotionsausschuss weitere Disputationsgegner. ⁴Den Vorsitz führt die Sprecherin bzw. der Sprecher der Promotionskommission.

- (2) ¹Die Sprecherin bzw. der Sprecher der Promotionskommission bestimmt im Benehmen mit der Kandidatin bzw. dem Kandidaten und den weiteren Mitgliedern der Promotionskommission den Termin der Disputation. ²Die Kandidatin bzw. der Kandidat, die Disputationsgegner, die Mitglieder des Promotionsausschusses sowie die Universitätsöffentlichkeit sind von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses mit einer Frist von zwei Wochen einzuladen. ³Die Kandidatin bzw. der Kandidat legt der Sprecherin bzw. dem Sprecher der Promotionskommission spätestens drei Wochen vor der Disputation Thesen zu den Hauptergebnissen der Dissertation in schriftlicher Form vor. ⁴Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses leitet den Disputationsgegnern sowie den weiteren prüfungsberechtigten Mitgliedern der Fakultät die Thesen zusammen mit der Einladung zur Disputation zu. ⁵Der bzw. die Vorsitzende des Promotionsausschusses stellt allen Disputationsgegnern ein Exemplar der Dissertationsschrift sowie eine elektronische Kopie der Gutachten zur Verfügung.

- (3) ¹In der Disputation trägt die Kandidatin bzw. der Kandidat etwa 20 Minuten die wesentlichen Ergebnisse ihrer bzw. seiner Dissertation vor. ²Vortrag und anschließendes Prüfungsgespräch sollen etwa 60 Minuten betragen. ³Frageberechtigt im Prüfungsgespräch sind vorrangig die Disputationsgegner.

- (4) ¹Über die Disputation ist ein Protokoll zu führen, in das Zeit, Ort und Hauptgegenstände der Disputation aufzunehmen sind. ²Das Protokoll ist von den drei Disputationsgegnern zu unterzeichnen.

- (5) ¹Nach Abschluss der Disputation beraten die Disputationsgegner nichtöffentlich über das Ergebnis der Disputation. ²Jeder Disputationsgegner erteilt dabei eine Note entsprechend § 8 Abs. 4. ³Die Note der Disputation ist das nicht gerundete arithmetische Mittel der von den drei Disputationsgegnern erteilten Fachnoten. ⁴Die Disputation ist bestanden, wenn wenigstens zwei der drei Disputationsgegner die Disputationsleistung mindestens mit der Note „rite“ bewertet haben und das arithmetische Mittel nicht schlechter als „rite“ ist.

- (6) ¹Die Disputation ist nicht bestanden, wenn zwei Disputationsgegner die Note "insuffizienter" erteilen. ²Die Disputation gilt als „nicht bestanden“, wenn die Kandidatin bzw. der Kandidat aus einem

von ihr bzw. ihm zu vertretenden Grund nicht zur Disputation erscheint oder die Disputation abbricht.

- (7) ¹Eine nicht bestandene Disputation kann auf Antrag einmal wiederholt werden. ²Wird innerhalb von vier Wochen nach nicht bestandener Disputation kein Antrag auf Wiederholung gestellt oder wird die Disputation ein zweites Mal nicht bestanden, so ist das Promotionsverfahren endgültig ohne Erfolg abgeschlossen.
- (8) ¹Die Disputation soll in der Regel innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Annahme der Dissertation abgeschlossen sein. ²Im Einvernehmen der Disputationsgegner kann die Disputation auf Vorschlag der Kandidatin bzw. des Kandidaten auch in der vorlesungsfreien Zeit stattfinden.

§ 10 Abschluss des Promotionsverfahrens und Feststellung des Gesamtergebnisses der Promotion

- (1) Das Promotionsverfahren ist erfolgreich abgeschlossen, wenn das Promotionsstudium mit Erfolg beendet, die Dissertation angenommen und die Disputation bestanden ist.
- (2) ¹Die Gesamtnote der Promotion ergibt sich aus der Summe der doppelten Note der Dissertation gemäß § 8 Abs. 8 und der einfachen Note der Disputation gemäß § 9 Abs. 5 geteilt durch drei. ²Diese Noten gehen nicht gerundet in die Mittelwertbildung ein. ³Die Gesamtnote wird auf zwei Stellen abgeschnitten und lautet bei einem Mittelwert
- | | |
|----------------------|-------------------|
| - bis 0.50 | „summa cum laude“ |
| - über 0.50 bis 1.50 | „magna cum laude“ |
| - über 1.50 bis 2.50 | „cum laude“ |
| - über 2.50 bis 3.00 | „rite“ |
- (3) ¹Unmittelbar nach Abschluss der Disputation stellen die Mitglieder der Promotionskommission die Gesamtnote der Promotion fest. ²Das Prüfungsprotokoll mit sämtlichen Noten ist der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zuzuleiten.
- (4) ¹Über das Ergebnis des Promotionsverfahrens erteilt die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses der Kandidatin bzw. dem Kandidaten einen schriftlichen Bescheid, der sämtliche Noten enthält. ²Dieser Bescheid berechtigt nicht zur Führung des Doktorgrades.

§ 11 Veröffentlichung der Dissertation

(1) ¹Um die Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat die Kandidatin bzw. der Kandidat

1. 80 Exemplare ihrer bzw. seiner Dissertation oder der Bestandteile der kumulativen Dissertation bei der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kostenfrei abzuliefern oder
2. ihre bzw. seine Dissertation in einem Verlag als Monographie oder in einem Sammelband mit internationaler Standard-Buchnummer oder in einer Zeitschrift mit internationaler Standard-Seriennummer in einer Mindestauflage von 150 zu veröffentlichen und 6 Exemplare dieser Auflage kostenfrei bei der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften abzuliefern oder
3. 6 Exemplare der Originalfassung in ausgedruckter, gebundener Form auf alterungsbeständigem, holz- und säurefreiem Papier sowie eine elektronische Kopie kostenfrei bei der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften abzuliefern (Pflichtexemplare).

²Bei einer Buchveröffentlichung gemäß Satz 1 Nr. 2 sind die Pflichtexemplare als Dissertation unter Angabe des Dissertationsortes auszuweisen. ³Der Datenträger und das Datenformat sowie Zugang und Aufbewahrungsfristen der elektronischen Kopie gemäß Satz 1 Nr. 3 werden von der Universitätsbibliothek im Benehmen mit der Dekanin bzw. dem Dekan festgelegt. ⁴Bei einer Veröffentlichung gemäß Satz 1 Nr. 1 oder 3 überträgt die Kandidatin bzw. der Kandidat der Universität Bamberg das Recht, weitere Kopien der Dissertation herzustellen und zu verbreiten oder die Dissertation in Datennetzen zur Verfügung zu stellen. ⁵Wird bei einer Veröffentlichung gemäß Satz 1 Nr. 1 oder 3 nachträglich ein Verlagsvertrag gemäß Satz 1 Nr. 2 vorgelegt, so verzichtet die Universität Bamberg auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten auf ihr Recht der weiteren Verbreitung.

(2) ¹Die Dissertation ist in der von der bzw. dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses im Einvernehmen mit den Gutachtenden genehmigten Fassung zu veröffentlichen. ²Die Druckerlaubnis kann davon abhängig gemacht werden, dass in den Gutachten angeregte Änderungen der ursprünglich vorgelegten Fassung vorgenommen werden.

(3) Bei Veröffentlichung der Dissertation gemäß Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 kann die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses im Einvernehmen mit den Gutachtenden Abweichungen der Druckfassung von der ursprünglich vorgelegten Fassung auch dann zulassen, wenn sie nicht in den Gutachten angeregt worden sind.

- (4) Die bei der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften kostenfrei einzuliefernden Exemplare der Dissertation müssen der vom Promotionsausschuss vorgeschriebenen Form entsprechen.
- (5) ¹Die Verpflichtung gemäß Abs. 1 ist binnen 18 Monaten seit dem Tag der Promotion gemäß § 12 Abs. 2 Satz 2 zu erfüllen. ²In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei einer Veröffentlichung gemäß Abs. 1 Nr. 2, kann die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses diese Frist verlängern.
- (6) Kommt die Kandidatin bzw. der Kandidat den Verpflichtungen nach den Abs. 1 bis 4 nicht innerhalb der Fristen nach Abs. 5 nach, erlöschen alle im Promotionsverfahren erworbenen Rechte.

§ 12 Verleihung des Doktorgrades

- (1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat die Pflichtexemplare fristgemäß abgeliefert, vollzieht die Dekanin bzw. der Dekan der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften die Promotion durch Aushändigung der Promotionsurkunde, die in deutscher und englischer Sprache erstellt wird.
- (2) ¹Die Promotionsurkunde enthält den verliehenen Doktorgrad, den Titel der Dissertation, die Gesamtnote und den Tag der Promotion. ²Als Tag der Promotion wird der Tag der Disputation eingesetzt. ³Die Promotionsurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und von der Präsidentin bzw. dem Präsidenten der Universität Bamberg unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität Bamberg versehen.
- (3) Vom Zeitpunkt der Aushändigung der Promotionsurkunde an darf die Kandidatin bzw. der Kandidat den verliehenen Doktorgrad führen.
- (4) Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses kann die vorläufige Führung des Doktorgrades vor Ablieferung der Pflichtexemplare gestatten, wenn eine besondere Notwendigkeit dafür nachgewiesen und ein Verlagsvertrag, in dem die Veröffentlichung der Dissertation gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vereinbart ist, vorgelegt wird.

§ 13 Einsichtsrecht

- (1) Nach Abschluss des Promotionsverfahrens wird der Kandidatin oder dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in die Prüfungsprotokolle gewährt.

- (2) ¹Der Antrag ist binnen eines Monats nach Aushändigung des Bescheides gemäß § 10 Abs. 4 an die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu richten. ²Die bzw. der Vorsitzende des Promotionsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 14 Voraussetzungen für gemeinsame Promotionsverfahren

- (1) Der Doktorgrad kann auch im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung mit einer ausländischen Universität verliehen werden.
- (2) Ein gemeinsam mit einer anderen Universität durchgeführtes Promotionsverfahren setzt voraus, dass
1. mit der ausländischen Universität eine Vereinbarung über die Co-Betreuung von Promovenden und Promovendinnen besteht oder abgeschlossen wird, die inhaltlich der Mustervereinbarung gemäß Anlage 1 entspricht, und
 2. der Kandidat bzw. die Kandidatin die Zulassungsvoraussetzungen beider Universitäten erfüllt.
- (3) Die Verfahrensabwicklung liegt bei der Universität, bei der die Dissertation eingereicht wird.
- (4) ¹Die Noten werden nach den Bestimmungen derjenigen Universität festgesetzt, an der die Dissertation eingereicht wird. ² Die jeweils andere Universität stellt die nach ihrer Promotionsordnung äquivalenten Noten fest.

§ 15 Betreuung, Annahme oder Ablehnung der Dissertation in gemeinsamen Promotionsverfahren

- (1) ¹Soll die Dissertation an der Universität Bamberg eingereicht werden, so wird sie durch eine zur Abnahme von Promotionen befähigte Hochschullehrerin bzw. einen zur Abnahme von Promotionen befähigten Hochschullehrer und eine entsprechend befähigte Person der ausländischen Universität betreut. ²Die nähere Ausgestaltung der gemeinsamen Betreuung ergibt sich aus der Vereinbarung nach § 14 Abs. 2 Nr. 1.
- (2) Wurde die Dissertation in Bamberg gemäß § 8 Abs. 8 angenommen, so wird sie zusammen mit den Gutachten der ausländischen Universität zur Zustimmung über den Fortgang des Verfahrens übermittelt.
- (3) ¹Erteilt die ausländische Universität die Zustimmung nach Abs. 2 über den Fortgang des Verfahrens, so findet die mündliche Prüfung nach den § 7 Abs. 3 und § 9 statt. ²Die ausländische Betreue-

rin oder der ausländischen Betreuer nehmen an der Disputation als Prüferin bzw. Prüfer (Disputationsgegner bzw. -gegnerin) im Sinne des § 9 Abs. 1 teil.

- (4) ¹Ist die Dissertation an der Universität Bamberg angenommen, die Zustimmung über den Fortgang des Verfahrens aber von der ausländischen Universität verweigert worden, so ist das gemeinsame Verfahren beendet. ²Das Promotionsverfahren wird dann nach den allgemeinen Bestimmungen dieser Ordnung fortgesetzt.
- (5) ¹Wurde die Dissertation an der ausländischen Universität angenommen, so wird sie zusammen mit den Gutachten der Universität Bamberg zur Zustimmung über den Fortgang des Verfahrens übermittelt. ²Wurde die Dissertation nach § 8 Abs. 8 an der Universität Bamberg angenommen, so findet die mündliche Prüfung an der ausländischen Universität nach Maßgabe der dortigen Bestimmungen statt. ³In diesem Fall muss in der Regel mindestens die Betreuerin bzw. der Betreuer der Universität Bamberg dem die mündliche Prüfungen abnehmenden Gremium als Prüferin bzw. Prüfer angehören.
- (6) ¹Ist die Dissertation zwar an der ausländischen Universität angenommen, jedoch endgültig nicht an der Universität Bamberg, so ist das gemeinsame Verfahren beendet. ²Das Promotionsverfahren wird dann nach den Bestimmungen der ausländischen Universität fortgesetzt.

§ 16 Urkunde für gemeinsame Promotionsverfahren

- (1) ¹Nach der Durchführung eines gemeinsamen Promotionsverfahrens wird von beiden Universitäten eine gemeinsame Urkunde gemäß Anlage 2 ausgestellt, aus der sich ergibt, dass die Promotion in gemeinsamer Betreuung entstanden ist. ²Sie trägt die Unterschriften und Siegel, die nach den Bestimmungen dieser Promotionsordnung sowie denen der ausländischen Universität erforderlich sind.
- (2) ¹Aus der gemeinsamen Urkunde geht hervor, dass der bzw. die Promovierte berechtigt ist, in Deutschland den akademischen Grad des Dr. rer. pol. und in dem ausländischen Staat den dort verliehenen Doktorgrad zu führen. ²Beide Grade dürfen nicht gleichzeitig geführt werden.
- (3) ¹Das Nähere über die Ausgestaltung der Urkunden regelt die Vereinbarung nach § 14 Abs. 2 Nr. 1. ²Ihr ist auch die Notenäquivalenz zu entnehmen. ³Auf der Promotionsurkunde sollen die äquivalenten ausländischen Noten mit entsprechender Kennzeichnung aufgeführt werden.

§ 17 Drucklegung und Pflichtexemplare in gemeinsamen Promotionsverfahren

¹Für eine an der Universität Bamberg vorgelegte Dissertation gelten die Bestimmungen des § 11, für eine an einer ausländischen Universität vorgelegten Dissertation die dortigen Bestimmungen sowie die in der Vereinbarung gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 1 getroffenen besonderen Festlegungen für die der jeweils anderen Universität zustehenden Exemplare. ²Beiden Universitäten ist je ein Exemplar der Dissertation für deren Prüfungsakten abzuliefern.

§ 18 Ehrenpromotion

- (1) Auf begründeten schriftlichen Antrag einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften entscheidet der Fakultätsrat über die Einleitung eines Ehrenpromotionsverfahrens.
- (2) Der Fakultätsrat bestellt drei Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer zur Begutachtung der besonderen Verdienste um die Sozialwissenschaften oder die Wirtschaftswissenschaften, die sich die zu ehrende Person erworben hat.
- (3) ¹Der Antrag und die Gutachten sind den Mitgliedern des Fakultätsrates zuzuleiten und für alle Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die nicht Mitglieder des Fakultätsrates sind, auszulegen. ²§ 8 Abs. 7 Sätze 2 bis 8 gelten entsprechend.
- (4) ¹Der Fakultätsrat entscheidet über die Ehrenpromotion unter Würdigung des Antrages und der Gutachten sowie der gemäß § 8 Abs. 7 Satz 4 erhobenen Einwände. ²Für die Beschlussfassung sind zwei Drittel der Stimmen erforderlich, über welche die dem Fakultätsrat angehörenden Professorinnen und Professoren und promovierten Vertreterinnen und Vertreter anderer Mitgliedergruppen zusammen verfügen.
- (5) ¹Die Dekanin bzw. der Dekan vollzieht die Ehrenpromotion durch feierliche Aushändigung einer Urkunde an die geehrte Person. ²Die Verdienste der oder des Promovierten sind in der Urkunde hervorzuheben.

§ 19 Ungültigkeit der Promotion und Aberkennung des Doktorgrades

- (1) Ergibt sich vor Aushändigung der Urkunde, dass sich die Kandidatin bzw. der Kandidat im Promotionsverfahren einer Täuschung schuldig gemacht hat, so erklärt der Promotionsausschuss alle im Verfahren erworbenen Rechte für ungültig und stellt das Verfahren ein.
- (2) Wird die Täuschung erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so ist das Promotionsverfahren nachträglich für nicht erfolgreich abgeschlossen zu erklären.
- (3) ¹Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion nicht erfüllt, ohne dass die Kandidatin oder der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung der Urkunde bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. ²Hat die Kandidatin oder der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Promotionsausschuss über die erforderlichen Maßnahmen unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze für die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte.
- (4) Die oder der Betroffene muss vor einer Entscheidung nach den Abs. 1 bis 3 gehört werden.
- (5) Im Übrigen richtet sich die Aberkennung des Doktorgrades nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (6) Bei Aberkennung des Doktorgrades ist die Promotionsurkunde einzuziehen.

§ 20 Inkrafttreten und Übergangsregelung

- (1) ¹Diese Promotionsordnung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung. in Kraft.
- (2) ¹Die Promotionsordnung für die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 1. September 2005, zuletzt geändert durch die zweite Satzung zur Änderung der Promotionsordnung für die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 20. August 2007, tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft. Hiervon unberührt bleiben die Übergangsregelungen, die in § 20 der Promotionsordnung für die Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 1. September 2005 und im Rahmen von Satzungen zu deren Änderung getroffen wurden.

Anhang 1: Fächergruppen gemäß § 6 Abs. 6

1. Betriebswirtschaftslehre
2. Politikwissenschaft
3. Rechtswissenschaft
4. Soziologie
5. Statistik oder Ökonometrie
6. Volkswirtschaftslehre
7. Wirtschaftsinformatik (vertreten an der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik)

Anhang 2: Muster einer Promotionsvereinbarung

Vereinbarung über ein gemeinsames Promotionsverfahren

zwischen der Otto-Friedrich-Universität Bamberg,

vertreten durch die Präsidentin bzw. den Präsidenten,

.....,

und der Universität.....

(ausländische Universität)

vertreten durch ihre Präsidentin bzw. ihren Präsidenten oder ihre Rektorin bzw. ihren Rektor,

.....

(Name, Vorname)

für das gemeinsame Promotionsvorhaben

von Herrn bzw. Frau.....

(Name, Vorname)

geb. am in

(Geburtsdatum)

(Geburtsort)

§ 1

Immatrikulation

(1) ¹Der Doktorand bzw. die Doktorandin Herr bzw. Frau (*Name, Vorname*) ist zur Erstellung einer Doktorarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Promotionsvorhabens im Fach (*genaue Bezeichnung*) ab dem Sommersemester/Wintersemester 20../.... für eine voraussichtliche Dauer von drei Jahren immatrikuliert. ²Gegebenenfalls kann diese Frist in Übereinstimmung mit den in beiden Fachbereichen bzw. Fakultäten gültigen Promotionsordnungen verlängert werden. ³Die Vorbereitungsdauer der Dissertation verteilt sich zwischen den betreuenden Hochschulen auf abwechselnde Aufenthalte in jedem der beiden Länder. ⁴Die Aufenthaltsdauer in den beiden Ländern steht in einem ausgewogenen Verhältnis.

(2) ¹Der Titel der geplanten Doktorarbeit lautet ²Die Arbeitszeit wird zwischen den beiden Universitäten aufgeteilt. ³Sie beträgt jährlich Monate an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und Monate an der Universität

(3) ¹Der Doktorand bzw. die Doktorandin schreibt sich an jeder der beiden Hochschulen ein, ist aber an einer der beiden Hochschulen von der Zahlung der Einschreibgebühren befreit. ²Die Einschreibgebühren werden bezahlt an der (*Name der Universität*).

(4) ¹Kosten der Krankenversicherung trägt er bzw. sie selbst. ²Ein Nachweis für die Krankenversicherung ist der jeweiligen Universität auf Verlangen vorzulegen. ³Reise- und Lebenshaltungskosten, Kosten der Unterbringung sowie sonstige Studienkosten trägt sie bzw. er an der jeweiligen Universität selbst.

§ 2

Promotionsbetreuung

(1) Die Promotion betreuen

- Herr bzw. Fraufür die Universität
- Herr bzw. Frau für die Universität

(2) Sie verpflichten sich, ihre Aufgabe als Promotionsbetreuerin bzw. Promotionsbetreuer gegenüber dem Doktoranden bzw. der Doktorandin voll auszuüben und die hierzu erforderlichen Absprachen zu treffen.

§ 3

Promotionskommission

(1) ¹Die Promotionskommission wird in Übereinstimmung zwischen beiden Hochschulen ernannt. ²Sie ist paritätisch besetzt aus wissenschaftlichen Vertretern und Vertreterinnen der beiden Länder. ³Sie umfasst mindestens (*Zahlenangabe*) Mitglieder, darunter die beiden Promotionsbetreuenden. ⁴Dabei werden die Prüfungsordnungen der beiden Länder und der beiden Universitäten berücksichtigt.

(2) ¹Externe Gutachter bzw. Gutachterinnen, die nicht einer der beiden Hochschulen angehören, können in die Promotionskommission eingeladen werden. ²Die Mobilitätskosten für die Prüfer bzw. Prüferinnen und Gutachter bzw. Gutachterinnen der Promotionskommission übernimmt: (*Name der Einrichtung*).

§ 4

Sprachregelung

(1) ¹Die Dissertation wird bei der Universität..... eingereicht und in Sprache abgefasst. ²Eine schriftliche Zusammenfassung in der anderen Sprache ist Bestandteil der Dissertation.

(2) Das Rigorosum/die Disputation, die von beiden Hochschulen anerkannt wird, erfolgt in Sprache, eine mündliche Zusammenfassung wird in der anderen Sprache vorgetragen.

§ 5

Verleihung des akademischen Grades

Die beiden Universitäten verpflichten sich, nach Vorlage nur eines einzigen Prüfungsberichtes und mit nur einer Urkunde den Dokortitel der Otto-Friedrich-Universität Bamberg sowie den Dokortitel der Universität zu verleihen.

§ 6**Abgabe, Veröffentlichung, Forschungsergebnisse**

¹Abgabe, Veröffentlichung und Vervielfältigung der Dissertation sind den geltenden gesetzlichen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland und in (*Land*) unterworfen. ²Der Schutz des Dissertationsthemas, die Ausnutzung und der Schutz der Forschungsergebnisse, die gemeinsam in beiden Forschungseinrichtungen erzielt worden sind, sind in Übereinstimmung mit den gültigen Promotionsordnungen an beiden Hochschulen abgesichert.

§ 7**In-Kraft-Treten**

Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung der gesetzlichen Vertreter beider Hochschulen in Kraft.

(Ort, Datum)

Präsidentin bzw. Präsident

der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Rektorin bzw. Rektor oder
Präsidentin bzw. Präsident

der Universität

Anhang 3: Muster einer Promotionsurkunde

Die Fakultät (*Name der Fakultät*)
der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

und

die Fakultät (*Name der Fakultät*)
der Universität (*Name der ausländischen Universität*)

verleihen gemeinsam

Herrn bzw. Frau (*Name*), geb. am (*Datum*) in (*Ort*)

den Grad eines Doktors der (*Bezeichnung der Disziplin*)

(*Kurzform des Doktorgrades*)

Er bzw. Sie hat in einem ordnungsgemäßen, gemeinsam von den beiden Fakultäten betreuten Promotionsverfahren durch die mit (*Note/Prädikat*) beurteilte Dissertation mit dem Thema

(*Titel der Dissertation*)

sowie in einer am (*Datum*) abgehaltenen mündlichen Prüfung in den Fächern/in dem Fach (*Fächer-/Fach-Bezeichnung*) seine bzw. ihre wissenschaftliche Befähigung erwiesen und das

Gesamturteil (*Note/Bewertung*) erhalten.

(*Ort, Datum*)

Präsident der
Otto-Friedrich-Universität
Bamberg

Dekan der
Bamberger Fakultät

Präsident der
ausländischen Universität

Dekan der
ausländischen Fakultät

[*Siegel der Otto-Friedrich-Universität*]

[*Siegel der ausländischen Universität*]

Herr bzw. Frau (*Name*) hat das Recht, den Doktorgrad entweder in der deutschen oder ausländischen Form zu führen. In Klammern können die Namen der beiden Universitäten, die das Promotionsverfahren betreut haben, hinzugefügt werden. Dieser Doktorgrad bedarf zur Führung in der Bundesrepublik Deutschland keiner weiteren staatlichen Genehmigung.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses der Hochschulleitung der Otto-Friedrich-Universität Bamberg gemäß Art. 20 Abs. 4 BayHSchG vom 11. März 2008 sowie der Genehmigung gemäß Art. 13 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG durch den Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 31. März 2008.

Bamberg, 31. März 2008

Prof. Dr. Dr. habil. G. Ruppert

Präsident

Die Satzung wurde am 31. März 2008 in der Universität Bamberg niedergelegt; die Niederlegung wurde am gleichen Tag durch Anschlag in der Hochschule bekannt gemacht. Tag der Bekanntmachung ist daher der 31. März 2008.